



Stadt Goslar

Geschäftsordnung

**für den Rat,
den Verwaltungsausschuss,
die Ratsausschüsse und
die Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften sowie
für den Ortsrat der Stadt Goslar**

vom 08.11.2016

Aufgrund des § 69 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat sich der Rat der Stadt Goslar in seiner Sitzung am 8. November 2016 eine neue Geschäftsordnung gegeben.

I. Abschnitt

Rat

§ 1 Ratsvorsitz

1. Der Rat wählt in seiner ersten Sitzung seine Vorsitzende oder seinen Vorsitzenden aus seiner Mitte (vorsitzende Person).
2. Die vorsitzende Person eröffnet, leitet und schließt die Ratssitzungen, sorgt für die Aufrechterhaltung der Ordnung und übt insoweit das Hausrecht aus.
3. Sie handhabt die Geschäftsordnung des Rates.
4. Die Vertretung der vorsitzenden Person bei Verhinderung übernehmen die nach § 81 Abs. 2 NKomVG gewählten Bürgermeister oder Bürgermeisterinnen.
5. Die vorsitzende Person kann abberufen werden, wenn es der Rat mit der Mehrheit seiner Mitglieder beschließt. Auf die Stimmabgabe bei der Abberufung findet § 41 NKomVG keine Anwendung. Eine Aussprache findet nicht statt.

§ 2 Ratsfrauen und Ratsherren

Ratsfrauen und Ratsherren sind verpflichtet, an allen Ratssitzungen teilzunehmen, für die sie eingeladen sind. Verhinderungen sind dem Oberbürgermeister rechtzeitig mitzuteilen.

§ 3 Amtsverschwiegenheit

Ratsmitglieder haben über Angelegenheiten, deren Geheimhaltung durch Gesetz oder dienstliche Anordnung vorgeschrieben oder der Natur der Sache nach erforderlich ist, Verschwiegenheit zu wahren; dies gilt auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit. Sie sind jedoch zu Aussprachen über diese Gegenstände mit anderen Ratsmitgliedern und der Verwaltung berechtigt. Dem Rat bleibt es vorbehalten, im Einzelfall eine abweichende Regelung zu treffen. Im Übrigen gilt § 40 NKomVG.

§ 4 Mitwirkungsverbot

1. Jedes Ratsmitglied, das nach § 41 NKomVG befangen und daher an der Ausübung seiner Ratstätigkeit verhindert ist, ist verpflichtet, dies vor der Behandlung des Tagesordnungspunktes der vorsitzenden Person mitzuteilen und den Sitzungssaal zu verlassen. Die Tatsache, dass das Ratsmitglied den Sitzungssaal verlassen hat, ist im Protokoll zu vermerken. Bei einer öffentlichen Sitzung ist das Ratsmitglied berechtigt, sich in dem für die Zuhörer bestimmten Teil des Sitzungssaales aufzuhalten.
2. Bestehen Zweifel, ob ein Ratsmitglied aufgrund des § 41 NKomVG verhindert ist, an der Beratung und Entscheidung mitzuwirken, so hat es dies vor Beginn der Beratung der vorsitzenden Person mitzuteilen. Diese gibt die Mitteilung zu Protokoll und veranlasst eine Entscheidung des Rates über das fragliche Mitwirkungsrecht. Das Ergebnis ist in das Protokoll aufzunehmen.
3. Liegen die Voraussetzungen des § 41 NKomVG bei der vorsitzenden Person vor oder bestehen Zweifel darüber, ob sie vorliegen, so hat dies die vorsitzende Person vor Beginn der Beratung ihrem Stellvertreter im Vorsitz mitzuteilen. Das weitere Verfahren richtet sich nach Absatz 1 oder Absatz 2.

§ 5 Fraktionen und Gruppen

1. Fraktionen sind auf Zusammenarbeit gerichtete Zusammenschlüsse von Ratsfrauen und Ratsherren, die aufgrund desselben Wahlvorschlages gewählt wurden.
2. Gruppen sind auf Zusammenarbeit gerichtete Zusammenschlüsse von Ratsfrauen und Ratsherren, die aufgrund verschiedener Wahlvorschläge ihren Ratssitz erlangt haben. Zu den Gruppen rechnen auch Zusammenschlüsse von Fraktionen mit fraktionslosen Ratsmitgliedern sowie mit anderen Fraktionen oder Gruppen sowie von Gruppen.
3. Ratsfrauen und Ratsherren dürfen nur einer Fraktion angehören. Entsprechendes gilt für die Zugehörigkeit in einer Gruppe.
4. Die Gruppe nimmt anstelle der an ihr beteiligten Fraktionen die kommunalverfassungsrechtlichen Rechte wahr.
5. Jede Fraktion und jede Gruppe hat eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und eine stellvertretende Vorsitzende oder einen stellvertretenden Vorsitzenden. Die Bildung einer Fraktion oder Gruppe ist dem Oberbürgermeister schriftlich mitzuteilen. Dabei sind neben der Bezeichnung der Fraktion oder Gruppe, die Namen der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden der Fraktion oder Gruppe, ihrer Stellvertretungen und aller der Fraktion oder Gruppe angehörenden Ratsfrauen und Ratsherren anzugeben. In gleicher Weise sind Änderungen oder die Auflösung anzuzeigen.
6. Die Bildung von Fraktionen oder Gruppen sowie Änderungen werden mit dem Eingang der Anzeige nach Absatz 5 wirksam.

7. Unterhält die Fraktion oder Gruppe eine Geschäftsstelle, sind auch die Anschrift der Geschäftsstelle sowie die zur Verschwiegenheit verpflichteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktion oder Gruppe (Fraktionsassistenten) sowie evtl. Änderungen mitzuteilen.
8. Den Fraktionen und Gruppen werden im Rahmen der im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel Zuwendungen zu den sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung einschließlich der öffentlichen Darstellung ihrer Auffassungen in den Angelegenheiten der Kommune (§ 57 Abs. 3 NKomVG) gewährt.
Über die Verwendung der Zuwendungen im jeweiligen Haushaltsjahr ist ein Nachweis in einfacher Form zu führen, der jeweils bis zum 30. April des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres dem Oberbürgermeister zuzuleiten ist.

§ 6

Einberufung des Rates und Tagesordnung

1. Die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister stellt die Tagesordnung im Benehmen mit der vorsitzenden Person auf. Die Einladung zu den Sitzungen mit der Tagesordnung wird den übrigen Ratsmitgliedern mit einer Frist von einer Woche elektronisch oder per Post zugesandt; die Frist gilt als gewahrt, wenn die Ladung 11 Tage vor der Sitzung zur Post gegeben worden ist. In dringlichen Fällen und bei Nachträgen zur Tagesordnung kann diese Frist verkürzt werden, sie muss aber mindestens zwei Tage betragen. Die Frist gilt als gewahrt, wenn die Ladung in Eilfällen 4 Tage vor der Sitzung zur Post gegeben worden ist. Auf die Abkürzung der Frist ist hinzuweisen.
2. Die Ratsfrauen und Ratsherren sind verpflichtet, Änderungen ihrer Postanschrift, Telefaxverbindung oder E-Mail-Adresse umgehend der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister mitzuteilen.
3. Die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister hat den Rat unverzüglich einzuberufen, wenn es ein Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl des Rates oder der Verwaltungsausschuss unter Angabe des Beratungsgegenstandes verlangt. Verfügt eine Fraktion über 1/3 oder mehr der Mitglieder des Rates, genügt für das Verlangen nach Einberufung des Rates die Erklärung der/des Fraktionsvorsitzenden, die/der diese im Namen der die Einberufung verlangenden einzelnen Fraktionsmitglieder abgibt. Der Antrag ist schriftlich bei dem Oberbürgermeister einzureichen.
4. Die Gleichstellungsbeauftragte, eine Fraktion, eine Gruppe, jede Ratsfrau oder jeder Ratsherr kann verlangen, dass ein bestimmter Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung gesetzt wird.
5. In dringlichen Fällen kann die Tagesordnung zu Beginn der Sitzung durch Beschluss des Rates mit zwei Drittel seiner gesetzlichen Mitgliederzahl erweitert werden.
6. Die Einberufung zu einer nicht öffentlichen Sitzung erfolgt, wenn die Tagesordnung lediglich Punkte enthält, die nach dem Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln sind oder bei denen ein entsprechender Ratsbeschluss über die nicht öffentliche Beratung im Einzelfall bereits vorliegt.
7. Die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister und die Beamten und Beamtinnen auf Zeit nehmen an den Sitzungen des Rates teil.
8. Sie sind verpflichtet, dem Rat auf dessen Verlangen Auskunft zu erteilen. Dies gilt nicht für Angelegenheiten, die der Geheimhaltung unterliegen (§ 6 Abs. 3 NKomVG). Sie sind auf ei-

genes Verlangen zum Gegenstand der Verhandlung zu hören.

9. Weitere Bedienstete der Stadt Goslar sollen auf Anweisung der Oberbürgermeisterin oder des Oberbürgermeisters bei den Sitzungen als Beraterin/Berater zur Verfügung stehen.

§ 7 Öffentlichkeit der Sitzungen

1. Die Sitzungen des Rates sind öffentlich, soweit nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen einzelner den Ausschluss der Öffentlichkeit erfordern. Jedes Ratsmitglied kann in diesen Fällen für einzelne Angelegenheiten den Ausschluss der Öffentlichkeit beantragen. Über den Antrag wird in nichtöffentlicher Sitzung beraten und entschieden; wenn eine Beratung nicht erforderlich ist, kann in öffentlicher Sitzung entschieden werden.
2. An öffentlichen Sitzungen des Rates können Zuhörerinnen und Zuhörer nach Maßgabe der vorhandenen Plätze teilnehmen; der Presse sind besondere Sitze zur Verfügung zu stellen.
3. Zuhörerinnen und Zuhörer sind nicht berechnigt, das Wort zu ergreifen oder sich sonst an den Beratungen zu beteiligen. Sie dürfen die Beratungen nicht stören, insbesondere keine Zeichen des Beifalls oder des Missfallens geben. Zuhörerinnen und Zuhörer können von der vorsitzenden Person aus dem Sitzungssaal verwiesen werden.

§ 8 Protokoll

1. Von den Sitzungen des Rates wird ein Protokoll gefertigt. Aus ihm muss ersichtlich sein, wann und wo die Sitzung stattgefunden hat, wer an ihr teilgenommen hat, welche Gegenstände behandelt, welche Beschlüsse gefasst und welche Wahlen vorgenommen worden sind. Die wesentlichen Inhalte der Verhandlungen sowie die Abstimmungs- und Wahlergebnisse sind festzuhalten. Anfragen und deren Beantwortungen sind sinngemäß zu protokollieren. Jedes Ratsmitglied kann verlangen, dass aus dem Protokoll hervorgeht, wie es abgestimmt hat; dies gilt nicht für geheime Abstimmungen. Ein Wortprotokoll ist ausgeschlossen.
2. Jedes Ratsmitglied kann verlangen, dass wesentliche Punkte seiner Ausführungen in kurz gefasster Form in das Protokoll aufgenommen werden.
3. Die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister ist für das Protokoll verantwortlich. Sie/ Er bestimmt die Protokollführerin oder den Protokollführer.
4. Nichtöffentliche Teile des Protokolls sind vertraulich zu behandeln.
5. Von jeder öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung des Rates werden elektronische Tonaufzeichnungen gefertigt, die der Erstellung des Protokolls und insbesondere der Dokumentation dienen.
6. Die Tonaufzeichnungen der Sitzungen sind zu archivieren und für die Dauer der nächsten Wahlperiode aufzubewahren. Dem Verwaltungsausschuss bleibt es vorbehalten, diese Frist im Einzelfall zu verlängern.
7. Allen Ratsmitgliedern wird auf Anforderung eine Kopie der Tonaufzeichnung der öffentlichen Sitzung in elektronischer Form zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus kann die Tonaufzeichnung der öffentlichen und der nichtöffentlichen Sitzung von allen Ratsmitgliedern im Ratsbüro eingehört werden.

§ 9 Sitzungsverlauf

Der regelmäßige Sitzungsverlauf ist folgender:

1. Öffentlicher Teil

- a. Eröffnung der Sitzung (§ 63 Abs.1 NKomVG)
- b. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit (§ 65 Abs. 1 NKomVG)
- c. Feststellung der Tagesordnung
- d. Genehmigung des Protokolls (§ 68 NKomVG)
- e. Erste Einwohnerfragestunde
- f. Unterrichtung über wichtige Angelegenheiten durch den Oberbürgermeister (§ 85 Abs.4 NKomVG)
- g. Beratung und Beschlussfassung über die in der Tagesordnung bezeichneten Verhandlungsgegenstände
- h. Anträge
- i. Anfragen (§ 56 NKomVG)
- j. Mitteilungen
- k. Zweite Einwohnerfragestunde
- l. Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung (§ 63 Abs.1 NKomVG)

2. Nichtöffentlicher Teil

- a. Eröffnung der Sitzung (§ 63 Abs.1 NKomVG)
- b. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit (§ 65 Abs. 1 NKomVG)
- c. Feststellung der Tagesordnung
- d. Genehmigung des Protokolls (§ 68 NKomVG)
- e. Unterrichtung über wichtige Angelegenheiten durch den Oberbürgermeister (§ 85 Abs.4 NKomVG)
- f. Beratung und Beschlussfassung über die in der Tagesordnung bezeichneten Verhandlungsgegenstände
- g. Anträge
- h. Anfragen (§ 56 NKomVG)
- i. Mitteilungen
- j. Schließung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung (§ 63 Abs.1 NKomVG)

§ 10 Sachanträge

1. Anträge von Fraktionen, Gruppen oder einzelnen Ratsmitgliedern können nur auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn sie schriftlich gestellt und wenigstens 11 Tage vor der Ratssitzung bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister durch Brief, Telefax oder E-Mail eingereicht worden sind. Wird der Antrag von einer Fraktion oder Gruppe gestellt, genügt die Verwendung des Fraktionskopfbogens.
2. Ein Antrag wird von der Antragstellerin oder dem Antragsteller oder einem Mitglied der Antrag stellenden Fraktion oder Gruppe eingebracht. Es kann kurz begründet werden, warum der Rat mit der Angelegenheit befasst werden soll. Nach Einbringung kann der Rat auf Antrag entscheiden, ob er sich nicht mit der Angelegenheit befassen will. Vor der endgültigen Beschlussfassung in der Sache ist der Antrag von der vorsitzenden Person zur Vorberei-

tung der Entscheidung in die zuständigen Fachausschüsse oder direkt in den Verwaltungsausschuss zu überweisen.

3. Die Anträge sind auf die Tagesordnung der nächstfolgenden - unter Beachtung der Ladungsfristen - Fachausschusssitzung zu setzen. In dieser Sitzung trägt die Verwaltung ihre Auffassung zum jeweiligen Thema vor. Außerdem legt sie dar, ob sie zum jeweiligen Antrag eine Vorlage erstellen will oder ob der Rat über den Antrag ohne eine Vorlage entscheiden soll. Der Antrag wird sodann auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses und, wenn die Angelegenheit in der Zuständigkeit des Rates fällt, auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung gesetzt.
4. Anträge auf Aufhebung oder Änderung von Beschlüssen früherer Sitzungen dürfen in die Tagesordnung nur aufgenommen oder in der Sitzung gestellt werden, wenn der Verwaltungsausschuss einen entsprechenden Beschluss empfohlen hat oder die Beschlussfassung des Rates mehr als 6 Monate zurückliegt. Das gilt nicht, wenn sich die Sach- und Rechtslage wesentlich verändert hat.
5. Findet innerhalb eines Monats nach Eingang eines Antrages keine Ratssitzung statt, entscheidet der Verwaltungsausschuss anstelle des Rates über die Ausschussüberweisung. Hiervon ist dem Rat in der folgenden Sitzung Kenntnis zu geben.

§ 11 Dringlichkeitsanträge

1. Dringlichkeitsanträge müssen vor Eintritt in die Tagesordnung schriftlich eingebracht sein. Der Rat beschließt im Rahmen der Feststellung der Tagesordnung über die Dringlichkeit eines Antrages. Eine Aussprache über die Dringlichkeit darf sich nicht mit dem Inhalt des Antrages, sondern nur mit der Prüfung der Dringlichkeit befassen.
2. Der Antrag ist auf die Tagesordnung zu setzen, wenn die Dringlichkeit vom Rat mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner gesetzlichen Mitglieder anerkannt wird.
3. Wird die Einfügung in die Tagesordnung durch den Rat beschlossen, so sind die Anträge an den Schluss der Tagesordnung in der Reihenfolge des Einganges zur Beratung zu stellen, es sei denn, dass der Rat etwas anderes beschließt. Bis zum Beginn der Beratung über den Gegenstand sollen die Anträge jedem anwesenden Ratsmitglied schriftlich vorliegen.
4. Eine Beschlussfassung in der Sache ist erst nach einer Vorbereitung durch den Verwaltungsausschuss möglich. Die Verwaltungsausschusssitzung kann während einer Sitzungsunterbrechung der Ratssitzung stattfinden.
5. Wird die Dringlichkeit nicht beschlossen und soll die Beratung in einer späteren Ratssitzung erfolgen, so ist ein neuer Antrag für die Aufnahme auf diese Tagesordnung erforderlich.
6. Die Absätze 1 bis 5 gelten auch für Vorlagen der Oberbürgermeisterin oder des Oberbürgermeisters.

§ 12 Änderungsanträge

Zu jedem Punkt der Tagesordnung können bis zur Abstimmung Änderungsanträge gestellt werden. Mündlich gestellte Änderungsanträge müssen bis zur Abstimmung schriftlich vorgelegt werden. Wird ein Änderungsantrag angenommen, so gilt der veränderte Antrag als neue Beratungsunterlage.

§ 13 Anträge zur Geschäftsordnung

1. Anträge zur Geschäftsordnung sind solche Anträge, die sich auf den Ablauf der Sitzung, insbesondere auf die in dieser Geschäftsordnung enthaltenen Regelungen beziehen. Sie können mündlich gestellt werden.

Dazu zählen insbesondere folgende Anträge:

1. Änderungen der Tagesordnung (z.B. Rücknahme von Anträgen oder Vorlagen),
2. Vertagung oder Aufhebung der Ratssitzung,
3. Rückstellung eines Beratungsgegenstandes,
4. Verweisung an einen Ratsausschuss oder den Verwaltungsausschuss,
5. Übergang zur Tagesordnung,
6. Schluss der Rednerliste,
7. Schluss der Debatte,
8. Unterbrechung der Ratssitzung,
9. Ausschluss oder Wiederherstellung der Öffentlichkeit,
10. Abstimmungsverfahren,
11. Verlängerung der Redezeit,
12. Feststellung der Beschlussfähigkeit,
13. Sonstige Anträge zum Sitzungsablauf.

Erläuterungen zu den Anträgen zur Geschäftsordnung sind in der Anlage 1 aufgeführt.

2. Wird ein Antrag zur Geschäftsordnung gestellt, so hat die vorsitzende Person über den Antrag abstimmen zu lassen, nachdem sie zunächst der Antragstellerin/dem Antragsteller zur Begründung des Antrages sowie einem Ratsmitglied jeder anderen Fraktion oder Gruppe sowie den Ratsmitgliedern, die keiner Fraktion oder Gruppe angehören, Gelegenheit gegeben hat, dazu zu sprechen. Sofern die Fraktion oder Gruppe, der die Antragstellerin/der Antragsteller angehört, den Antrag nicht unterstützt, erhält sie ebenfalls das Wort.
3. Für Anträge zur Geschäftsordnung ist das Wort jederzeit zu erteilen, jedoch nicht während der Ausführungen einer Rednerin/eines Redners. Bei der Worterteilung zur Geschäftsordnung darf die Rednerin/der Redner sich nur über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung des zur Verhandlung stehenden Gegenstandes äußern.

§ 14

Zurückziehen von Anträgen

1. Anträge oder Vorlagen können bis zur Abstimmung von der Antragstellerin oder dem Antragsteller jederzeit zurückgezogen werden.
2. Wurde ein Antrag von der Antragstellerin oder dem Antragsteller zurückgezogen, so kann jedes Ratsmitglied den Antrag übernehmen. Der Beratungs- bzw. Verfahrensstand bleibt davon unberührt.

§ 15

Einwohnerfragestunde

1. In jeder öffentlichen Sitzung des Rates und der Fachausschüsse findet jeweils zu Beginn und zum Ende eine öffentliche Fragestunde statt. Die beiden Fragestunden sollen insgesamt 30 Minuten nicht überschreiten.
2. Jede Einwohnerin und jeder Einwohner der Stadt Goslar kann Fragen zu Beratungsgegenständen der Sitzung und zu anderen Angelegenheiten der Stadt stellen. Die Fragen müssen kurz gefasst sein und eine kurze Beantwortung ermöglichen. Die Fragen dürfen keine unsachlichen Feststellungen oder Wertungen enthalten. Die Fragestellerin/der Fragesteller kann bis zu zwei Zusatzfragen anschließen, die sich auf den Gegenstand ihrer oder seiner ersten Frage beziehen müssen. Das Recht zur Stellung von Fragen zu anderen Beratungsgegenständen oder Angelegenheiten der Stadt bleibt hiervon unberührt.
3. Die Fragen werden von der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister beantwortet. Daneben darf von jeder Fraktion oder Gruppe ein Ratsmitglied zu solchen Fragen zusätzlich Stellung nehmen. Gleiches gilt für Ratsmitglieder, die keiner Fraktion oder Gruppe angehören. Anfragen an einzelne Ratsmitglieder, Fraktionen oder Gruppen werden von diesen selbst beantwortet. Eine Diskussion findet nicht statt.
4. Kann eine Frage nicht sofort beantwortet werden, so erhält die Fragestellerin/der Fragesteller unverzüglich eine schriftliche Antwort, die in der auf die Beantwortung folgenden Sitzung des Verwaltungsausschusses bekannt zu geben ist.

§ 16

Anhörung

1. Der Rat kann beschließen, anwesende Sachverständige zum Gegenstand der Beratung anzuhören.
2. Der Rat kann mit einer Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden Ratsmitglieder beschließen, anwesende Einwohner/innen einschließlich der nach § 41 NKomVG von der Mitwirkung ausgeschlossenen Personen zum Gegenstand der Beratung zu hören. § 20 dieser Geschäftsordnung gilt entsprechend, wobei die Anhörung zu einem Tagesordnungspunkt längstens 30 Minuten betragen soll.
3. Eine Diskussion mit Einwohnerinnen und Einwohnern findet nicht statt.

§ 17

Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht

1. Der Rat kann zur Überwachung der Durchführung seiner Beschlüsse sowie des sonstigen Ablaufs in den Verwaltungsangelegenheiten von dem Verwaltungsausschuss und der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister die erforderlichen Auskünfte verlangen. Auf Verlangen von einem Viertel der gesetzlichen Mitglieder des Rates oder einer Fraktion oder Gruppe ist einzelnen Ratsfrauen oder Ratsherren Einsicht in die Akten zu gewähren.
2. Zum Zwecke der eigenen Unterrichtung kann jede Ratsfrau/jeder Ratsherr von der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister Auskunft in allen Angelegenheiten der Stadt Goslar verlangen (§ 56 Satz 2 NKomVG).
3. Das Auskunftsbegehren nach Absatz 1 oder Absatz 2 ist schriftlich zu stellen.
4. Die Rechte nach Absatz 1 oder Absatz 2 gelten nicht für Angelegenheiten, die der Geheimhaltung unterliegen (§ 6 Abs. 3 NKomVG).

§ 18

Anfragen, Dringlichkeitsanfragen

1. Jede Ratsfrau und jeder Ratsherr ist berechtigt,
 - a. Ratsanfragen an die Oberbürgermeisterin oder den Oberbürgermeister spätestens 11 Tage vor der nächsten Ratssitzung zu richten. Die Ratsanfrage wird mit der Tagesordnung versandt. Die Beantwortung ist allen Ratsmitgliedern spätestens am Tage der Ratssitzung vorzulegen. Ein Verlesen der Antworten findet nicht statt. Zusatzfragen sind in der Fragestunde möglich.
 - b. schriftliche Anfragen an die Oberbürgermeisterin oder den Oberbürgermeister zu richten. Die Anfrage wird allen Ratsmitgliedern schriftlich beantwortet. Die Fraktionsvorsitzenden erhalten eine Durchschrift der Anfrage und der Antwort.
2. Dringlichkeitsanfragen können von den Fraktionen, Gruppen oder von einem Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl des Rates bis zu Beginn einer Ratssitzung schriftlich bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister eingereicht werden. Die Anzahl der Dringlichkeitsanfragen ist auf je eine Anfrage pro Fragesteller beschränkt. Die Dringlichkeitsanfragen sollen nach Möglichkeit sofort beantwortet werden. Ist dies in Ausnahmefällen nicht möglich, so ist die Antwort auf die Dringlichkeitsanfrage unverzüglich nach der Ratssitzung jedem Ratsmitglied schriftlich zuzusenden.
3. Ratsanfragen und Dringlichkeitsanfragen sind schriftlich zu stellen und zu begründen.
4. Eine weitere mündliche Begründung in der Ratssitzung ist nicht zulässig. Eine Aussprache findet über Ratsanfragen und Dringlichkeitsanfragen in der Ratssitzung nicht statt. Zusatzfragen können von der Fragestellerin oder dem Fragesteller und von jeder Fraktion bzw. Gruppe nur einmal gestellt werden.
5. Anfragen dürfen über die Angaben des Sachverhaltes hinaus keine Beurteilung enthalten.
6. Zur Erledigung der Anfragen ist im regelmäßigen Sitzungsverlauf (§ 9) der Tagesordnungspunkt „Anfragen“ vorgesehen. Hier können Zusatzfragen zu den Ratsanfragen und den Dringlichkeitsanfragen gestellt werden. Kann eine schriftliche Beantwortung bis zur Ratssitzung nicht vorgelegt werden, ist sie allen Ratsmitgliedern unverzüglich nach der Ratssitzung zuzusenden.

7. Gegenstand von Anfragen und Dringlichkeitsanfragen müssen zu den Angelegenheiten der Stadt Goslar gehören.

§ 19 Aktuelle Stunde

1. Eine Aktuelle Stunde ist eine Kurzdebatte über eine bestimmte Angelegenheit der Stadt Goslar von allgemeinem und aktuellem Interesse. Sie kann von jeder Ratsfraktion oder Gruppe oder von mindestens zehn Ratsmitgliedern beantragt werden. § 10 Abs. 1 gilt entsprechend.
2. Die Aktuelle Stunde soll unmittelbar nach der Genehmigung der Tagesordnung stattfinden und dauert längstens eine Stunde. Jedes Ratsmitglied kann in der aktuellen Stunde einmal Stellung nehmen. Die Redezeit ist auf 5 Minuten begrenzt. Bei zahlreichen Wortmeldungen ist darüber abzustimmen, ob die Gesamtdauer der Aktuellen Stunde auf Vorschlag der vorsitzenden Person mit einfacher Mehrheit verlängert wird.
3. Das Verlesen von Erklärungen ist unzulässig. Anträge zur Sache können nicht gestellt werden.

§ 20 Beratung

1. Der Beratungsgegenstand wird nach Aufruf und gegebenenfalls Berichterstattung zur Beratung gestellt.
2. Wortmeldungen erfolgen schriftlich oder durch Handerhebung. Sie sind zum jeweiligen Punkt der Tagesordnung jederzeit von der vorsitzenden Person entgegen zu nehmen.
3. Die vorsitzende Person erteilt das Wort in der Reihenfolge der Wortmeldungen. Melden sich mehrere Rednerinnen/Redner gleichzeitig zu Wort, so entscheidet die vorsitzende Person über die Reihenfolge. Die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister ist auf Verlangen jederzeit auch nach Beratungsschluss zu hören. Beamten und Beamtinnen auf Zeit kann außerhalb der Reihenfolge das Wort erteilt werden.
4. Die vorsitzende Person kann zur Wahrnehmung der ihr nach § 63 NKomVG obliegenden Befugnisse jederzeit das Wort ergreifen. Will die vorsitzende Person selbst zur Sache sprechen, hat sie den Vorsitz an den Vertreter/die Vertreterin zu übergeben.
5. Die vorsitzende Person erklärt die Beratung für geschlossen, wenn keine Wortmeldungen mehr vorliegen. Anschließend wird der Beratungsgegenstand zur Beschlussfassung gestellt.

§ 21 Redezeit

1. Jedes Ratsmitglied hat zu jedem Beratungsgegenstand eine Gesamtredezeit von 10 Minuten. Die Redezeit kann in mehrere Redebeiträge desselben Ratsmitgliedes unterteilt werden. Die Gesamtredezeit darf jedoch nicht überschritten werden. Abweichend davon haben Fraktionsvorsitzende, im Verhinderungsfall stellvertretende Fraktionsvorsitzende, eine Gesamtredezeit von 15 Minuten je Beratungsgegenstand.
2. Absatz 1 gilt nicht für die Aussprache im Rahmen der Haushaltsberatung im Rat. Über weitere Abweichungen kann der Rat jederzeit mit Mehrheit beschließen.
3. Die Regelungen zur Redezeit gelten nicht für die Oberbürgermeisterin oder den Oberbürgermeister.
4. Die Ratsmitglieder sollten sich grundsätzlich beim Sprechen erheben und möglichst von einem besonderen Rednerpult – dem Rat zugewandt – sprechen. Einzelne Schriftstücke und förmliche Erklärungen können mit Erlaubnis der vorsitzenden Person verlesen werden.

§ 22 Persönliche Erklärungen

Einem Ratsmitglied, das sich zu einer persönlichen Erklärung zu Wort gemeldet hat, ist das Wort auch nach Schluss der Beratung vor der Abstimmung zu erteilen. Das Ratsmitglied darf in der persönlichen Erklärung nur Angriffe zurückweisen, die in der Aussprache gegen das Ratsmitglied selbst gerichtet wurden, oder eigene Ausführungen berichtigen. Es darf nicht länger als drei Minuten sprechen.

§ 23 Verhalten der Ratsmitglieder und Rednerinnen/Redner

1. Betätigt die vorsitzende Person den Hammer, so hat die Rednerin/der Redner ihre/seine Ausführungen zu unterbrechen.
2. Die vorsitzende Person kann die Rednerin/den Redner, die/der vom Verhandlungsgegenstand abweicht, unter Nennung ihres/seines Namens „zur Sache“ rufen. Ist eine Rednerin/ein Redner dreimal in derselben Sache „zur Sache“ gerufen und beim zweiten Mal auf die Folgen eines dritten Sachrufes hingewiesen worden, so kann ihr/ihm der/die Ratsvorsitzende das Wort entziehen. Sie/er darf es zu dem Gegenstand nicht wieder erhalten.
3. Persönliche Angriffe und Beleidigungen sind zu unterlassen und von der vorsitzenden Person in geeigneter Weise zu unterbinden.
4. Verletzt eine Rednerin/ein Redner die Ordnung, ruft sie/ihn die vorsitzende Person unter Nennung ihres/seines Namens „zur Ordnung“. Ist ein Ratsmitglied während einer Sitzung dreimal „zur Ordnung“ gerufen und beim zweiten Mal auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes hingewiesen worden oder verhält ein Ratsmitglied sich in einer Sache ungebührlich, so kann die vorsitzende Person das Ratsmitglied von dieser Sitzung ausschließen. Das ausgeschlossene Ratsmitglied hat den Sitzungssaal sofort zu verlassen. Auf Antrag der Ausge-

schlossenen/des Ausgeschlossenen stellt der Rat in seiner nächsten Sitzung fest, ob die betroffene Maßnahme berechtigt war. Leistet das Ratsmitglied der Aufforderung der vorsitzenden Person, den Saal zu verlassen, nicht Folge, so kann sie die Sitzung auf bestimmte Zeit unterbrechen oder schließen.

§ 24 Ordnung im Sitzungssaal

1. Jede Person kann nach Maßgabe der vorhandenen Plätze an öffentlichen Ratssitzungen teilnehmen.
2. Jede/jeder Anwesende hat sich während der Sitzung der Würde des Hauses entsprechend im Sitzungssaal angemessen zu verhalten. Jede/jeder Anwesende untersteht der Ordnungsgewalt der vorsitzenden Person.
3. Das Benutzen von Mobiltelefonen ist während der Ratssitzung – ausgenommen dringende berufliche Veranlassung oder Notfall – nicht gestattet.
4. Wird die Ordnung in einer Sitzung gestört und gelingt es der vorsitzenden Person nicht, sie wieder herzustellen, so kann sie die Sitzung unterbrechen. Reicht dies zur Wiederherstellung der Ordnung nicht aus, kann sie die Sitzung nach Beratung mit den Vorsitzenden der Fraktionen und Gruppen vorzeitig schließen.
5. Wer als Zuhörer/Zuhörer im Sitzungssaal Beifall oder Missbilligung äußert oder Ordnung und Anstand verletzt, kann auf Anordnung der vorsitzenden Person sofort entfernt werden. Die vorsitzende Person kann die Zuhörerplätze auch räumen lassen.

§ 25 Abstimmung

1. Grundlage der jeweiligen Abstimmung ist die Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses.
2. Der Rat fasst seine Beschlüsse, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist, mit der Mehrheit der auf „ja“ oder „nein“ lautenden Stimmen. Stimmenthaltungen oder ungültige Stimmen zählen bei der Festlegung des Abstimmungsergebnisses nicht. Bei Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt. Ein einstimmiger Beschluss liegt vor, wenn alle anwesenden Ratsmitglieder entweder mit „ja“ oder „nein“ gestimmt haben.
3. Vor jeder Abstimmung ist der Antrag zu verlesen und von der vorsitzenden Person der Tenor der Beschlussfassung vorzuschlagen.
4. Die Abstimmung erfolgt durch Handaufheben (offene Abstimmung).
5. Auf Antrag der Mehrheit der Ratsmitglieder ist namentlich abzustimmen. Der Namensaufruf erfolgt in alphabetischer Reihenfolge (namentliche Abstimmung).
6. Vor der Abstimmung hat sich die vorsitzende Person zu vergewissern, ob Anträge gestellt werden. Wenn keine Anträge zur Abstimmung gestellt oder die Anträge erledigt sind, gibt die vorsitzende Person die Form der Abstimmung bekannt und eröffnet sie. Die Abstimmung endet, wenn die vorsitzende Person die Beendigung der Abstimmung oder das Abstimmungsergebnis feststellt.

7. Die Stimmzählung kann auch durch Stimmzählerinnen/Stimmzähler erfolgen, die die vorsitzende Person ernennt. Wenn die Stimmzählerinnen/die Stimmzähler sich über das Ergebnis der Abstimmung nach Absatz 3 auch nach der Gegenprobe und nach Feststellung, wie viele Ratsmitglieder sich der Abstimmung enthalten haben, nicht einig sind, so wird mittels Auszählung durch Namensaufruf abgestimmt.
8. Vorlagen, die aus mehreren Teilen bestehen, können im Ganzen zur Abstimmung gebracht werden, wenn kein Widerspruch erhoben wird.
9. Stehen mehrere Anträge zur Abstimmung, so sind sie nach Möglichkeit für die Abstimmung zu vereinigen; anderenfalls hat der weitestgehende Antrag den Vorrang.
10. Wird ein Änderungsantrag angenommen, so ist er mit dem Hauptantrag zu vereinigen und zur Abstimmung zu bringen. Wird der Änderungsantrag abgelehnt, ist über den Hauptantrag bzw. die Beschlussvorlage abzustimmen.
11. Über Anträge zur Geschäftsordnung wird vor den Sachanträgen abgestimmt.

§ 26 Wahlen

Das Ergebnis einer schriftlichen oder geheimen Wahl wird von einem Wahlvorstand, der von der vorsitzenden Person eingesetzt wird, festgestellt. In den Wahlvorstand entsendet jede Ratsfraktion ein Mitglied. Das Wahlergebnis ist der vorsitzenden Person mitzuteilen, die es bekannt gibt.

II. Abschnitt

Verwaltungsausschuss

§ 27

Geschäftsgang und Verfahren des Verwaltungsausschusses

1. Für den Geschäftsgang und das Verfahren des Verwaltungsausschusses gelten die Vorschriften des I. Abschnittes für den Rat mit Ausnahme der §§ 15 (Einwohnerfragestunde) und 16 (Anhörungen) entsprechend, soweit nicht gesetzliche Vorschriften oder Bestimmungen dieser Geschäftsordnung dem entgegenstehen.
2. Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses (§ 6 der Hauptsatzung) haben an allen Sitzungen teilzunehmen. Sofern Ratsfrauen und Ratsherren verhindert sind, haben sie die Pflicht, ihre Stellvertretung zu benachrichtigen, damit diese an der Sitzung teilnehmen kann.
3. Beschlüsse können im Umlaufverfahren gefasst werden, wenn kein Mitglied widerspricht.
4. Einladung und Tagesordnung sind allen übrigen Ratsfrauen und Ratsherren nachrichtlich zur Verfügung zu stellen.

§ 28

Zusammenwirken der Ratsausschüsse und des Ortsrates mit dem Verwaltungsausschuss

Der Verwaltungsausschuss nimmt, soweit erforderlich, zu den Beratungsergebnissen der Ratsausschüsse und des Ortsrates Stellung.

§ 29

Protokoll des Verwaltungsausschusses

Das Protokoll wird von der vorsitzenden Person und von der Protokollführerin oder dem Protokollführer unterzeichnet. Es ist allen Ratsmitgliedern zur Verfügung zu stellen. Das Protokoll ist vertraulich zu behandeln.

III. Abschnitt

Ausschüsse

§ 30

Geschäftsgang und Verfahren der Ausschüsse

1. Für den Geschäftsgang und das Verfahren der Ratsausschüsse sowie der Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften gelten die Vorschriften des I. Abschnitts für den Rat entsprechend mit Ausnahme der Regelungen über die Redezeit gem. § 21 Abs. 1 bis 3 dieser Geschäftsordnung und soweit nicht gesetzliche Vorschriften vorgehen oder Bestimmungen dieser Geschäftsordnung entgegenstehen.
2. Die Sitzungen der Ausschüsse sind öffentlich. Die Ausschüsse können zu einer nichtöffentlichen Sitzung geladen werden, wenn die Tagesordnung nur Verhandlungsgegenstände auführt, die in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln sind.
3. Einladung und Tagesordnung sowie die Protokolle sind allen übrigen Ratsmitgliedern zur Verfügung zu stellen.
4. Für die Bekanntmachung der öffentlichen Sitzungen, ausgenommen der Sitzungen des Ausschusses für Bauen und Umwelt, genügt eine Hinweisbekanntmachung in der Tageszeitung unter Angabe von Name, Zeit und Ort. Die Tagesordnung ist über einen Aushang und das Internet zur Verfügung zu stellen.

§ 31

Zuständigkeit

1. Gemäß § 71 NKomVG werden folgende Ausschüsse gebildet, die die Beschlüsse des Rates vorzubereiten haben:
 - Ausschuss für Zentrale Dienste und Finanzen (ZDF)
 - Ausschuss für Bildung, Familie und Soziales (BFS)
 - Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Sport (SOS)
 - Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Stadtentwicklung und Lebensraum im Welterbe (WSLW)
 - Ausschuss für Bauen und Umwelt (BA)
 - Ausschuss für Weltkulturerbe, Stadtgeschichte und Kultur (WSK)
2. Die Aufteilung der Sachgebiete auf die einzelnen Ausschüsse ergibt sich aus der Anlage 2 zu dieser Geschäftsordnung.
3. Die Zuständigkeit, die Zusammensetzung und das Verfahren der Ausschüsse, die aufgrund besonderer gesetzlicher Bestimmungen einzusetzen sind, richten sich nach diesen gesetzlichen Vorschriften. Soweit die Spezialgesetze keine Vorschriften über das Verfahren enthalten, werden die Bestimmungen dieser Geschäftsordnung sinngemäß angewandt.
4. Meinungsverschiedenheiten über die Zuständigkeiten der Ausschüsse entscheidet der Verwaltungsausschuss.

5. Die Ausschüsse erhalten das Recht, zur Vorbereitung zeitaufwendiger Sachverhalte zeitweise oder auf Dauer Arbeitsgruppen einzurichten. An den Arbeitsgruppen sind alle im jeweiligen Ausschuss vertretenen Fraktionen des Rates zu beteiligen. Zur Einrichtung genügt ein Mehrheitsbeschluss der stimmberechtigten Ausschussmitglieder.

§ 32 Mitglieder

1. Alle Ausschüsse bestehen aus jeweils 9 Ratsmitgliedern. § 71 Abs. 4 NKomVG bleibt unberührt.
2. Der Rat kann zu Mitgliedern der Ausschüsse zusätzlich zu den Ratsfrauen und Ratsherren auch andere Personen, außer Beschäftigte und Beamte der Stadt Goslar, unter entsprechender Anwendung des §71 Abs. 2, 3, 5 und 10 NKomVG berufen. Sie haben kein Stimmrecht. Mindestens zwei Drittel der Ausschussmitglieder sollen Ratsmitglieder sein.
3. Ausschussmitglieder, die nicht dem Rat angehören, werden von der Oberbürgermeisterin oder vom Oberbürgermeister über ihre Pflichten belehrt.
4. Für die nachstehenden Ausschüsse werden nach Absatz 2 folgende Regelungen getroffen:
 - a) In den Ausschuss für Weltkulturerbe, Stadtgeschichte und Kultur werden die sechs gewählten Vertreter/innen des Arbeitskreises Kultur als sachkundige Bürger/innen berufen. Weiterhin werden als Sachverständige Vertreter von der Goslarer Marketing GmbH und dem Weltkulturerbe Rammelsberg hinzugeladen.
 - b) In den Ausschuss für Bildung, Familie und Soziales werden je ein Vertreterin/Vertreter des Jugendparlaments, des Stadtjugendrings, des Kinderschutzbundes, der Seniorenvertretung und der Behindertenverbände berufen.
 - c) In den Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Sport wird eine Vertreterin/ein Vertreter des Kommunalen Präventionsrates und der Goslarer Sportverbände sowie als Vertreterin/Vertreter der Stadtverwaltung die Stadtbrandmeisterin oder der Stadtbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr berufen.
 - d) In den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Stadtentwicklung und Lebensraum um Welt-erbe werden als Sachverständige zum öffentlichen Teil der Ausschusssitzung nachfolgend mit je einer Vertreterin bzw. einem Vertreter geladen: WiReGo, Sparkasse Goslar/Harz, Geschäftsführer (oder von ihm benannte/r Vertreter/-in) der Goslar Marketing GmbH, IHK, AGV, Kaufmannsgilde e.V., proGoslar e. V., DGB, Umweltverbände und bei Bedarf dem Verein „Energie Ressourcen Agentur Goslar e.V.“.
 - e) In den Ausschuss für Bauen und Umwelt wird je eine Vertreterin/ein Vertreter der Umweltverbände und der Behindertenverbände als nichtstimmberechtigtes Mitglied berufen. Bei Bedarf wird zum öffentlichen Teil als nicht stimmberechtigtes Mitglied eine Vertreterin/ein Vertreter des Vereins „Energie Ressourcen Agentur Goslar e.V.“ und eine Vertreterin/ein Vertreter der Seniorenvertretung als Sachverständige/r berufen.
5. In Arbeitskreise und Lenkungsgruppen können von den Fraktionen auch Personen berufen werden, die nicht dem Rat angehören. Diese sind vor der ersten Sitzungsteilnahme auf die §§ 40, 41 und 42 NKomVG zu verpflichten.

§ 33

Einberufung und Ladung

1. Die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister stellt die Tagesordnung im Benehmen mit der/dem Ausschussvorsitzenden auf.
2. Die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister hat eine Ausschusssitzung einzuberufen, wenn sie /er hierzu von mindestens einem Drittel der Ausschussmitglieder unter Angabe des Beratungsgegenstandes aufgefordert wird.
3. Anträge von Fraktionen, Gruppen oder einzelnen Ausschussmitgliedern (gem. § 32 GO) müssen nach dem in § 10 Abs. 1 GO geregelten Verfahren erfolgen.
4. Einladung und Tagesordnung sowie das Protokoll sind allen übrigen Ratsmitgliedern nachrichtlich zu übersenden.

§ 34

Teilnahme an den Sitzungen

1. Die Mitglieder der Ausschüsse haben an allen Sitzungen ihres Ausschusses teilzunehmen. Sofern sie verhindert sind, haben sie die Pflicht, ihre Vertreterin oder Vertreter zu benachrichtigen, damit diese an der Sitzung teilnehmen können. An allen Ausschusssitzungen hat die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister oder von ihr/ihm beauftragte Gemeinbedienstete teilzunehmen. An den Sitzungen des Ausschusses für Zentrale Dienste und Finanzen nehmen die vorsitzende Person des Gesamtpersonalrates und die vorsitzende Person des Personalrates der Stadtverwaltung oder ihre Vertreterinnen oder ihre Vertreter beratend teil, wenn Personalangelegenheiten beraten werden.
2. Die Ausschüsse können Sachverständige hören, die nicht Ratsmitglieder sind.

§ 35

Sitzungen

1. Ein Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der nach § 32 Abs. 1 der Geschäftsordnung festgelegten Mitglieder anwesend sind.
2. Das Protokoll ist von der vorsitzenden Person und von der Protokollführerin oder dem Protokollführer zu unterzeichnen.

Ortsrat

§ 36

Geschäftsgang und Verfahren des Orsrates

1. Für das Verfahren innerhalb des Orsrates gilt das Verfahren für den Rat entsprechend, soweit nicht gesetzliche Vorschriften vorgehen oder Bestimmungen dieser Geschäftsordnung entgegenstehen.
2. Die Sitzungsprotokolle werden allen Ortsratsmitgliedern der jeweiligen Ortschaft und allen Ratsmitgliedern alsbald nach jeder Sitzung zugeleitet.

IV. Abschnitt

Schlussbestimmungen

§ 37

Außerkraftsetzen der Geschäftsordnung

Der Rat und der Verwaltungsausschuss können für die Dauer einer Sitzung oder für einzelne Tagesordnungspunkte die Aufhebung oder Änderung von Bestimmungen dieser Geschäftsordnung mit der Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl ihrer stimmberechtigten Mitglieder beschließen.

§ 38

In-Kraft-Treten

Diese Geschäftsordnung tritt am 8. November 2016 in Kraft und ist gültig für die Wahlperiode 2016 bis 2021.

Mit Inkrafttreten dieser Geschäftsordnung tritt die Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ratsausschüsse und die Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften sowie für den Ortsrat der Stadt Goslar vom 01.04.2014 i.d.F. vom 17.12.2013 außer Kraft.

Goslar, 08.11.2016

Gez.

Dr. Oliver Junk
Oberbürgermeister

Erläuterungen zu den Anträgen zur Geschäftsordnung gem. § 13 GO

Aufhebung, Vertagung und Zurückstellung (§ 13 Abs. 1 Ziffer 2 und 3 GO)

1. Vor Erledigung der Tagesordnung kann der Rat auf Antrag die Aufhebung oder die Vertagung der Ratssitzung auf einen anderen Sitzungstag beschließen.
2. Aufhebung bedeutet, dass die Ratssitzung nicht fortgesetzt wird. Der Antrag auf Aufhebung der Ratssitzung ist weitergehend als ein solcher auf Vertagung.
3. In dem Vertagungsantrag ist der Fortsetzungstermin zu benennen. Nimmt der Rat den Antrag auf Vertagung der Ratssitzung an, ist die Sitzung an dem Fortsetzungstermin mit der alten Tagesordnung fortzusetzen. Der Fortsetzungstermin hat innerhalb von 7 Tagen stattzufinden. Einer erneuten förmlichen Einberufung unter Mitteilung der Tagesordnung für den Fortsetzungstermin bedarf es nicht.
4. Einzelne Beratungsgegenstände können zur Behandlung in einer der nächsten Ratssitzungen zurückgestellt werden. Sie sind in die Tagesordnung der betreffenden Ratssitzung aufzunehmen.

Übergang zur Tagesordnung (§ 13 Abs. 1 Ziffer 5 GO)

1. Der Rat kann auf Antrag beschließen, zur Tagesordnung überzugehen. Das bedeutet, dass ohne weitere Aussprache und ohne Sachabstimmung der nächste Tagesordnungspunkt aufgerufen wird.
2. Der Antrag auf Übergang zur Tagesordnung kann jederzeit bis zum Eintritt in die Abstimmung über den Beratungsgegenstand gestellt werden. Er bedarf keiner Unterstützung.
3. Über den Antrag ist vor allen Anträgen abzustimmen. Ausgenommen sind Anträge zum Abstimmungsverfahren.
4. Wird der Antrag abgelehnt, so darf er im Laufe derselben Beratung nicht wiederholt werden.

Schluss der Rednerliste (§ 13 Abs. 1 Ziffer 6 GO)

1. Während der Verhandlung über einen Beratungsgegenstand kann beantragt werden, die Rednerliste vorzeitig zu schließen. Wird der Antrag auf Schluss der Rednerliste angenommen, ist der Beratungsgegenstand zur Abstimmung zu stellen, nachdem den Ratsmitgliedern, die sich vor dem Antrag zur Sache gemeldet hatten, noch das Wort erteilt wurde. Der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister ist auf Verlangen auch nach Schluss der Rednerliste das Wort zu erteilen.
2. Der Antrag auf Schluss der Rednerliste kann nur von einem Ratsmitglied gestellt werden, das sich vorher an der Diskussion über den Beratungsgegenstand nicht beteiligt hat.
3. Über den Antrag ist vor allen Anträgen abzustimmen. Ausgenommen sind Anträge zum Abstimmungsverfahren und Anträge auf Übergang zur Tagesordnung.

Unterbrechung (§ 13 Abs. 1 Ziffer 8 GO)

1. Die Ratssitzung kann auf bestimmte Zeit innerhalb der anberaumten Sitzungstage unterbrochen werden. Wird der Antrag auf Unterbrechung angenommen, ist die Sitzung nach Ablauf der Unterbrechung mit der alten Tagesordnung fortzusetzen.
2. Auch ohne Antrag kann der Ratsvorsitzende die Ratssitzung unterbrechen, wenn er dies für erforderlich hält. Wird der Unterbrechung widersprochen, ist über die Unterbrechung eine Abstimmung herbeizuführen.

Zuständigkeiten der Fachausschüsse gem. § 31 Abs. 2 GO

Fachausschuss Ausschuss für Zentrale Dienste und Finanzen (ZDF)

Zuständigkeiten im Einzelnen:

Beratung über finanzielle und personelle Angelegenheiten, soweit eine Beteiligung

- a) der Vorbereitung von Beschlüssen des Verwaltungsausschusses und des Rates dient oder
- b) wegen der grundsätzlichen oder besonderen Bedeutung geboten erscheint. Hierzu gehören insbesondere

I. Finanzen

- Beschluss über Eckwerte
- Haushaltsangelegenheiten (Beratung des Haushaltsplanes mit mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplanung einschl. Investitionsprogramm, Jahresabschluss) werden im Ausschuss zentrale Dienste und Finanzen sowie im Verwaltungsausschuss für die Beschlussfassung im Rat vorbereitet.
- Sonstige Finanzangelegenheiten (Abgaben, Schulden, Vermögen)
- Beteiligungen
- Allgemeine Stiftungsangelegenheiten
- Rechnungsprüfung

II. Organisation

- Organisationsstruktur der Stadtverwaltung

III. Personal

- Personalangelegenheiten
- Stellenplan

IV. IT-Service

Unterausschuss für den Betriebshof Straßen und Grün (gemeinsam mit dem Ausschuss für Bauen und Umwelt)

Fachausschuss Ausschuss für Bildung, Familie und Soziales (BFS)

Zuständigkeiten im Einzelnen:

Beratung des Fachbereichs-Budgets (Teilhaushalte)

I. Bildung

Beratung über alle Angelegenheiten der Schulen, die sich in der Schulträgerschaft der Stadt befinden, soweit eine Beteiligung

- a) im Nieders. Schulgesetz geregelt ist,
- b) der Vorbereitung von Beschlüssen des Verwaltungsausschusses und des Rates dient oder
- c) wegen der grundsätzlichen oder besonderen Bedeutung geboten erscheint.

Hierzu gehören insbesondere

- Beratung des Schulplans (als Teil der programmatischen Stadtentwicklungsplanung)
- Mitwirkung bei der Besetzung von Schulleiter/innen-Stellen
- Mitwirkung bei Schulbauten
- Richtlinien über die Gewährung von Beihilfen für internationale Schulpartnerschaften
- Festlegung von Schuleinzugsgebieten

II. Kinder und Jugend

Beratung über Aufgaben nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz, soweit eine Beteiligung

- a) der Vorbereitung von Beschlüssen des Verwaltungsausschusses und des Rates dient oder
- b) wegen der grundsätzlichen oder besonderen Bedeutung geboten erscheint.

Hierzu gehören insbesondere

- Beratung des Kindergartenbedarfsplans (als Teil der programmatischen Stadtentwicklungsplanung)
- Beratung über Angelegenheiten der Kindertagesstätten
- Beratung über Grundsätze der kommunalen Jugendarbeit
- Richtlinien über die Förderung der Jugendarbeit in der Stadt
- Beratung über geplante Projekte
- Gewährung von einmaligen oder laufenden Zuschüssen (Wert über 2.500 €) an Jugendgruppen und Kindertagesstätten
- Beratung des Kinderspielplatzbedarfsplans (als Teil der programmatischen Stadtentwicklungsplanung)
- Kinderspielplätze

III. Soziales

Beratung über freiwillige soziale Maßnahmen in der Stadt, soweit die Beteiligung

- a) der Vorbereitung von Beschlüssen des Verwaltungsausschusses und des Rates dient oder
- b) wegen der grundsätzlichen oder besonderen Bedeutung geboten erscheint.

Hierzu gehören insbesondere

- Beratung über geplante Projekte
- Gewährung von einmaligen und laufenden Zuschüssen (Wert über 2.500 €) an die Verbände der freien Wohlfahrtspflege sowie an sonstige Vereine und Verbände der Sozial- und Gesundheitspflege
- Begegnungsstätten
- Seniorenangelegenheiten (Seniorenvertretung, Seniorenkompass)
- Sonstige soziale Angelegenheiten (Hilfen für arbeitslose und sozialschwache Einwohnerinnen und Einwohner u. a.)

Fachausschuss Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Sport (SOS)

Zuständigkeiten im Einzelnen:

Beratung des Fachbereichs-Budgets (Teilhaushalte)

I. Ordnungswesen

Beratung über Aufgaben des Ordnungsrechts, soweit eine Beteiligung

- a) der Vorbereitung von Beschlüssen des Verwaltungsausschusses und des Rates dient oder
- b) wegen der grundsätzlichen oder besonderen Bedeutung geboten erscheint.

Hierzu gehört insbesondere:

- Verkehrslenkung und –beruhigung (Aufgaben gem. § 3 Abs. 2 Nr. 1 der Hauptsatzung)

II. Sport

Beratung über Aufgaben des Sports, soweit eine Beteiligung

- c) der Vorbereitung von Beschlüssen des Verwaltungsausschusses und des Rates dient oder
- d) wegen der grundsätzlichen oder besonderen Bedeutung geboten erscheint.

Hierzu gehören insbesondere

- Richtlinien über die Förderung der Jugendarbeit in der Stadt
- Beratung des Sportstättenplans (als Teil der programmatischen Stadtentwicklungsplanung)
- Beratung über geplante Projekte
- Beratung über die Förderung des Sports
- Grundsätze für die Überlassung der städtischen Sporteinrichtungen an Goslarer Turn- und Sportvereine
- Gewährung von einmaligen oder laufenden Zuschüssen (Wert über 2.500 €) an Sportvereine

Fachausschuss

Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Stadtentwicklung und Lebensraum im Welterbe (WSLW)

Zuständigkeiten im Einzelnen:

Beratung des Fachbereichs-Budgets (Teilhaushalte)

Beratung über Wirtschaftsförderungsangelegenheiten, Stadtkonzeption und Liegenschaften (außer Liegenschaften im Betriebsvermögen vom Goslarer Gebäudemanagement) soweit eine Beteiligung

a) der Vorbereitung von Beschlüssen des Verwaltungsausschusses und des Rates dient oder

b) wegen der grundsätzlichen oder besonderen Bedeutung geboten erscheint.

Hierzu gehören insbesondere

- Beratung des Stadtkonzeptions- und Wirtschaftsförderungs-Budgets (Teilhaushalte)

I. Wirtschaft

- Erarbeitung von Vorschlägen und konzeptionellen Perspektiven für die wirtschaftliche und touristische Entwicklung der Stadt
- Kontaktpflege zu den Wirtschaftsvereinigungen, Unternehmensverbänden und Gewerkschaften
- Wirtschafts- und Tourismusangelegenheiten
- Förderung der örtlichen Unternehmen
- Ansiedlung neuer Unternehmen
- Siedlungs- einschl. Gewerbeflächenkonzept (als Teilbereich der programmatischen Stadtentwicklungsplanung)

II. Liegenschaften

Fachausschuss

Ausschuss für Bauen und Umwelt (BA)

Zuständigkeiten im Einzelnen:

Beratung des Fachbereichs-Budgets (Teilhaushalte)

Beratung über Angelegenheiten des Fachbereichs Bauservice, soweit eine Beteiligung

- a) der Vorbereitung von Beschlüssen des Verwaltungsausschusses und des Rates dient oder
- b) wegen der grundsätzlichen oder besonderen Bedeutung geboten erscheint.

Hierzu gehören insbesondere

- Beratung des Fachbereichs-Budgets (Teilhaushalte)
- Beratung des Wirtschaftsplanes Betriebshof Straßen und Grün
- Generalverkehrsplanung
- Bereichsbezogene Verkehrsplanung
- Planung und Durchführung von Maßnahmen des Straßenbaus, Brückenbaus und der Verkehrsanlagen
- Vergabe von Aufträgen im Zuständigkeitsbereich des FB 3
- Widmung, Einziehung und Benennung von Straßen
- Beitragsangelegenheiten (Erschließung, Abwasser, Straßenbau, Kostenerstattungen für Ausgleichsmaßnahmen Naturschutz)
- Gebührenangelegenheiten (Schmutz- und Niederschlagswasser, Straßenreinigung, Parken, Friedhöfe)
- Satzungsangelegenheiten (Erschließung, Abwasser, Wasser, Straßenreinigung, Kostenerstattung für Ausgleichsmaßnahmen Naturschutz, Ablösung von Einstellplätzen, Abwälzung der Abwasserabgabe)
- Straßenreinigung
- Winterdienst
- Bau und Betrieb von Parkeinrichtungen
- Straßenunterhaltung
- Bewilligung von Zuschüssen für Maßnahmen zur Denkmal- und Stadtbildpflege sowie zur Stadtbildverbesserung, Wohnungsmodernisierung und Beherbergungswesen
- Information über Fälle §§ 31 Abs. 2, 34 und 35 BauGB
- Friedhöfe
- Grünanlagen
- Planfeststellungsverfahren nach dem Nieders. Wassergesetz (NWG)
- Wasserläufe
- Gewässerverunreinigungen - auch durch Unfälle - von größerem Ausmaß und besonderem öffentlichen Interesse
- Zustimmung bzw. Änderung der Verwaltungsentscheidung bei Gehölzen im städt. Besitz (außerhalb des Waldes)

Stadtplanung

- Aufstellung des Flächennutzungsplans
- Aufstellungs-, Umlegungs- und Satzungsbeschlüsse für Bebauungspläne
- Stellungnahme zu Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren
- Stadtsanierung und Dorferneuerung
- Landschafts-, Freiraum- und Objektplanung sowie Grünordnungsplanung und Öko-Kontrolle

Stadtkonzeption

- Konzeptionelles und ganzheitliches Stadtmarketing
- Herausarbeitung harter und weicher Standortfaktoren
- Einheitliche werbliche Darstellung der Stadt
- Neue Medien
- Räumliche Stadtentwicklungsplanung

Umweltschutz

- Umweltschutz (mit den Medien Boden, Wasser, Luft sowie Klima und Energiemanagement)
- Naturschutz und Landschaftsentwicklung im besiedelten und unbesiedelten Bereich
- Landschafts- und Freiraumplanung – soweit dafür nicht die Zuständigkeit des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen gegeben ist – sowie Objektplanungen mit Auswirkungen auf Flora und Fauna
- Behandlung aller umweltrelevanten Vorlagen

Unbeschadet der Festlegung des Bereichs der Geschäfte der laufenden Verwaltung für die Aufgaben der Unteren Wasserbehörde wird festgelegt, dass der für die Aufgaben der Unteren Wasserbehörde zuständige Fachausschuss in folgenden Angelegenheiten informiert wird:

- I. Einleiten von Planfeststellungsverfahren nach dem Niedersächsischen Wassergesetz (NWG)
- II. Herausgabe von Planfeststellungsbeschlüssen nach dem NWG
- III. Gewässerverunreinigungen – auch durch Unfälle – von größerem Ausmaß und besonderem öffentlichen Interesse

Fachausschuss

Ausschuss für Weltkulturerbe, Stadtgeschichte und Kultur (WSK)

Zuständigkeiten im Einzelnen:

Beratung des Fachbereichs-Budgets (Teilhaushalte)

Beratung über kulturelle Angelegenheiten, soweit eine Beteiligung

- a) der Vorbereitung von Beschlüssen des Verwaltungsausschusses und des Rates dient oder
- b) wegen der grundsätzlichen oder besonderen Bedeutung geboten erscheint.

Hierzu gehören insbesondere

- Beratung des Kultur-Budgets (Teilhaushalte)
- Erarbeitung von Vorschlägen und konzeptionellen Perspektiven für die kulturelle Entwicklung der Stadt
- Zusammenarbeit mit den Kultur tragenden Vereinen und Institutionen
- Festlegung der Rahmenprogramme für die Preis- und Ringverleihungen
- Benutzungs- und Gebührenordnung für das Stadtarchiv und die Stadtbücherei sowie Festsetzung der Eintrittspreise für die städt. Sehenswürdigkeiten
- Gewährung von einmaligen und laufenden Zuschüssen (Wert über 2 500 €) an kulturelle Vereine und Vereinigungen für Theater, Konzerte, Ausstellungen, Musikschule, kulturelle Vereinsarbeit usw.
- Angelegenheiten der städt. Stifte Großes Heiliges Kreuz, Brüderkloster, Kleines Heiliges Kreuz und St. Annenhaus
- eigene kulturelle Veranstaltungen
- Ankauf von Kunstwerken
- Beratung der Vorschläge des Gremiums zur künstlerischen Ausgestaltung des Stadtbildes
- Kulturmarketing

Konzeptionelle und grundsätzliche Fragen zur UNESCO-Welterbestätte „Erzbergwerk Rammelsberg, Altstadt Goslar und Oberharzer Wasserwirtschaft“